



## Niederschrift

### 2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 24.09.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:53 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	
Frau Matthias Tänzer	AfD	

##### sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Kerstin Sammer	CDU	
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE	

##### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	
---------------------	--------------------	--

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Lars Eichert	CDU	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

##### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

##### sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Herr Tom Seefeld	Friei	entschuldigt

## **Gäste:**

Herr Dr. Klaus Gerhard Hardenberg	Seniorenbeirat
Frau Jala El Jazairi	Migrantenbeirat
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Karin Juhasz	Bereich Stadterneuerung
Frau Franziska Schumann	Bereich Gesunde Verwaltung
Herr Jürgen Schnitzler	Kommunaler Immobilien Service
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.08.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den  
Stadthaushalt  
Vorlage: 18/SVV/0520  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Mietendeckel  
Vorlage: 19/SVV/0609  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 4.3 Standard für Einzelfallhelfer\*innen an Schulen  
Vorlage: 19/SVV/0745  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Lebensmittelverschwendung verringern  
Vorlage: 19/SVV/0847  
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Selbstbindungsbeschluss zum Integrierten Entwicklungskonzept "Soziale Stadt -  
Am Stern/ Drewitz" - Fortschreibung 2019  
Vorlage: 19/SVV/0872  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen Einrichtungen  
Vorlage: 19/SVV/0892  
Fraktion DIE aNDERE
- 4.7 Sitzungskalender 2020  
Vorlage: 19/SVV/0921  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen  
Vorlage: 19/SVV/0950  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 5.2 Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.08.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter informiert, dass Herr Eichert um eine Korrektur zum TOP 9.2 „Mietendeckel“ (DS 19/SVV/0609) zu seiner Aussage „Herr Eichert schließt sich dem Vortrag von Herrn Heuer an“, bittet. Er bittet richtigzustellen, dass er nach den Ausführungen der Verwaltung den Antrag als durch Verwaltungshandeln für erledigt erachtet hat, weil die Verwaltung in ihren Ausführungen bereits umfassend die Voraussetzungen und die möglichen Auswirkungen für einen Mietendeckel dargestellt hat. Nur sofern der Antragsteller dies nicht einsehe, hatte er sich den Ausführungen von Herrn Heuer angeschlossen. Dies wird so im Protokoll korrigiert.

Frau Schulze verweist auf die Zusage von Herrn Jekel, die Stellungnahme zum Antrag 19/SVV/0609 „Mietendeckel“ an die Ausschussmitglieder auszureichen. Sie bittet, die Stellungnahme bis zum 27.09.2019 den Fraktionen per E-Mail zuzusenden.

Frau Eisenblätter stellt die so korrigierte Niederschrift zur Sitzung vom 28.08.2019 zur Abstimmung.

Die geänderte Niederschrift wird **einstimmig bestätigt**.

Frau Eisenblätter schlägt folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:  
Die Tagesordnungspunkte TOP 4.1 „Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den Stadthaushalt“ (DS 19/SVV/0520) und 4.2

„Mietendeckel“ (DS 19/SVV/0609) sollen aufgrund von Klärungsbedarf zurückgestellt werden.

Des Weiteren soll der Tagesordnungspunkt 5.2 „Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration“ zurückgestellt werden. Hierzu wird durch die Verwaltung eine Stellungnahme erarbeitet, die den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt wird.

Frau Laabs fragt, wann der TOP 4.1 erneut aufgerufen wird.

Frau Meier erklärt, dass dies im Rahmen des Haushaltes besprochen werden soll.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

### **zu 3      Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Schophaus nimmt als Sprecher der **Kleinen Liga** an der Sitzung teil. Er informiert, dass er zukünftig die Kleine Liga im Ausschuss vertreten wird und stellt sich kurz vor.

Herr Dr. Hardenberg stellt sich dem Ausschuss vor. Er informiert, dass am 03. September 2019 die Delegiertenversammlung zur Wahl des **Seniorenbeirates** durchgeführt wurde. Es stellten sich 27 Kandidaten der Wahl. In geheimer Wahl wurden, 17 Kandidaten in den Beirat gewählt. Von den 17 Beiratsmitgliedern sind neun neu in diesem Ehrenamt.

Am 19. September 2019 fand die konstituierende Sitzung des neugewählten Seniorenbeirates statt. In deren Ergebnis wurde in geheimen Wahlen ein 7-köpfiger Geschäftsführender Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, 2 stellvertretenden Vorsitzenden und 4 Beisitzern bestimmt. Herr Dr. - Ing. Klaus Gerhard Hardenberg wurde mehrheitlich als neuer Vorsitzender gewählt.

Am 02. Oktober 2019 wird sich der Vorstand und am 07. Oktober 2019 der Seniorenbeirat zu weiteren Schritten einer effektiveren Seniorenarbeit verständigen. Insbesondere geht es um die Tätigkeit und die Struktur der bestehenden sechs Arbeitsgruppen und um die Vorbereitung der Bildung einer AG „Ältere Menschen und Digitalisierung“.

Am 30. September 2019 richtet die Landeshauptstadt Potsdam zum siebten Mal den „Tag des älteren Menschen“ aus. Aus diesem Anlass werden die Mitglieder des gerade neu gewählten Beirates in ihrem Amt begrüßt und die ausgeschiedenen Mitglieder würdig verabschiedet.

Frau El Jazairi stellt sich dem Ausschuss vor und berichtet, dass sie seit 2014 im **Migrantenbeirat** mitarbeitet. Sie informiert, dass der Migrantenbeirat bereits eine Klausur durchgeführt hat. Der Vorstand wurde noch nicht gewählt, da vor der Wahl des Vorstandes eine neue Struktur entwickelt werden soll.

Abschließend verweist sie auf die Veranstaltung zur Verleihung des Integrationspreises vom 22.09.2019.

Herr Okurka spricht die Mitnahme von E-Rollstühlen in Linienbussen an. Er betont, dass hier eine Regelung gefunden werden muss.

Frau Eisenblätter bietet an, dies mit Herrn Okurka bilateral zu besprechen und sich um eine Klärung zu bemühen.

Herr Heuer informiert, dass sich die **AG Ehrenamt** mit den Vertretungen der Beiräte in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung befasst hat. Er betont, dass die Beiräte auch weiterhin aktives Teilnahmerecht an den Ausschüssen haben sollen, sich aber nicht auf eine bestimmte Person festlegen müssen, die dann die komplette Wahlperiode für einen Ausschuss bestimmt wird. Somit sind die Beiräte flexibler und können je nach Thema die entsprechenden fachkundigen Personen in den Ausschuss schicken.

#### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 4.1 Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den Stadthaushalt**

**Vorlage: 18/SVV/0520**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

##### **zu 4.2 Mietendeckel**

**Vorlage: 19/SVV/0609**

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

##### **zu 4.3 Standard für Einzelfallhelfer\*innen an Schulen**

**Vorlage: 19/SVV/0745**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt den Antrag ein und erläutert diesen kurz. Sie betont, dass mit dem Antrag nicht ausschließlich Erzieher gemeint sind. Wichtig ist, dass es geschulte Fachkräfte sind.

Frau Waskowski fragt, wie dies von den Potsdamer Trägern gesehen wird.

Frau Eifler hat Informationen, dass es oft an den Ausbildungen mangelt und hier eine Lösung gefunden werden muss. Es ist sinnvoll, hier einen Standard festzulegen.

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) betont, dass die Verwaltung den Antrag so interpretiert hat, dass ausschließlich Erzieher gewünscht sind.

Die Verwaltung legt Wert darauf, dass ein bedarfsgerechter Einsatz von Schulhelfern erfolgt.

Frau Schulze stellt fest, dass nicht bekannt ist, welchen Berufsstand die Schulbegleiter haben. Sie bittet die Verwaltung eine Information dazu zu geben, um eine Entscheidung zum Umgang mit dem Antrag zu treffen.

Herr Heuer macht deutlich, dass man in die Betrachtung auch Fälle einbeziehen muss, wo dies durch vertraute Personen wahrgenommen wird und dadurch möglicherweise Vertrauensverhältnisse zerrissen werden können.

Frau Eifler bittet um einen Abgleich des aktuellen Standes und wie viele Ausnahmefälle es gibt. Sie bittet um Zurückstellung des Antrages.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache bis zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 4.4    Lebensmittelverschwendung verringern**  
**Vorlage: 19/SVV/0847**  
Fraktion DIE LINKE

Frau Vandre bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Eisenblätter berichtet, dass auch durch die Tafel Potsdam täglich erhebliche Mengen an Lebensmitteln gerettet werden. Sie befürwortet den vorliegenden Antrag.

Frau Sammer berichtet über eine Berliner Firma, die Lebensmittel mit abgelaufenem Verfallsdatum zu moderaten Preisen verkauft. Ein derartiges Geschäft sollte auch in Potsdam eingerichtet werden.

Frau Eisenblätter macht darauf aufmerksam, dass es einer Vernetzung vor Ort bedarf.

Frau Vandre betont, dass auch das individuelle Verbrauchsverhalten sensibilisiert werden muss, da auch im privaten Bereich viele Lebensmittel verschwendet werden.

Herr Schophaus betont, dass das Konsumverhalten verändert werden muss.

Frau Schulze und Herr Heuer betonen, dass Lebensmittel für alle Menschen erschwinglich sein müssen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Wege aufzuzeichnen, wie der Verschwendung von Lebensmitteln Einhalt geboten werden kann. Dabei sollen Lösungen gefunden werden, damit auch Lebensmittel mit Mängeln noch in der Ernährungskette verbleiben.

**Der Oberbürgermeister wird gebeten, Akteur\*innen aus der Lebensmittelbranche (Gastronomie, Einzelhandel, Interessenvertreter\*innen) und Akteur\*innen der Lebensmittelrettung (Tafel, Foodsharing etc.) sowie weitere Interessierte zu einem Netzwerk einzuladen, um in einem ersten Schritt den Ist-Stand der Lebensmittelvernichtung und der Lebensmittelrettung in Potsdam zu**

**quantifizieren. Daraus sollen dann weitere Schritte und Ideen entwickelt werden, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung im **Dezember 2019** zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 4.5 Selbstbindungsbeschluss zum Integrierten Entwicklungskonzept "Soziale Stadt - Am Stern/ Drewitz" - Fortschreibung 2019**

**Vorlage: 19/SVV/0872**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) „Soziale Stadt – Am Stern / Drewitz – die Fortschreibung 2019 – wird der Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in der Förderkulisse – Am Stern / Drewitz“ zugrunde gelegt.

Auf veränderte Rahmenbedingungen und Handlungserfordernisse ist bei der weiteren Durchführung durch Anpassung des vorliegenden Entwicklungskonzepts zu reagieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 4.6 Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen Einrichtungen**

**Vorlage: 19/SVV/0892**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Nolde fragt, ob die Ausstattung öffentlicher Einrichtungen mit Defibrillatoren nicht bereits gesetzliche Pflicht ist.

Frau Schumann (Bereich Gesunde Verwaltung) erklärt, dass es diesbezüglich keine gesetzliche Pflicht gibt. Die Landeshauptstadt Potsdam hat bereits Gebäude mit Defibrillatoren ausgestattet.

Die Verwaltung plädiert dafür zu prüfen, wie die Geräte angenommen werden. Sie weist auch darauf hin, dass in der Landeshauptstadt Potsdam innerhalb von 10 Minuten ein Rettungswagen eintrifft.

Des Weiteren verweist sie auf die Ersthelfer, die regelmäßig geschult werden. Ein weiteres Konzept wird aus Sicht der Verwaltung nicht benötigt. Innerhalb der Verwaltung beträgt die Ersthelferquote ca. 10 %.

Herr Heuer fragt, ob es eine flächendeckende Übersicht gibt, wo die Geräte zur Verfügung stehen.

Frau Laabs fragt nach den Defibrillatoren in Schulen und auf Sportplätzen.

Herr Schnitzler (Kommunaler Immobilien Service) betont, dass geprüft werden muss, ob es erforderlich ist, in einem so breiten Maß die Defibrillatoren bereitzustellen. Er erklärt, dass in Schulen die Gefahr sehr gering ist, dass diese

benötigt werden. In Kultureinrichtungen wird dies als sinnvoll erachtet. Es ist auch zu bedenken, dass die Geräte erreichbar sein müssen. Herr Schnitzler benennt beispielhaft einige Standorte innerhalb der Verwaltung und informiert, dass es keine Meldepflicht über Defibrillatoren gibt.

Frau Waskowski spricht sich dafür aus, diese an ausgewählten Schulen zu installieren, insbesondere mit dem Verweis auf die Inklusion.

Frau Schulze schlägt vor, eine Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung auszusprechen.

Frau Eisenblätter stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, Schulen, Sportplätze, Kultureinrichtungen und Verwaltungsgebäude der Landeshauptstadt Potsdam mit Defibrillatoren auszustatten und für die Beschäftigten und Nutzer\*innen dieser Einrichtungen regelmäßig Ersthilfekurse anzubieten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Kosten für Anschaffung und Wartung der Geräte entstehen. Er wird weiterhin beauftragt, ein Konzept zur Durchführung regelmäßiger Ersthilfekurse zu erstellen.

Das Prüfergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2020 vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

**zu 4.7**

**Sitzungskalender 2020**

**Vorlage: 19/SVV/0921**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass für Januar und August keine Sitzungstermine geplant sind und dort längere Sitzungspausen entstehen. Wenn Bedarf besteht, können hier auch Sitzungen durchgeführt werden.

**Folgende Sitzungstermine sind für den GSWI-Ausschuss 2020 vorgesehen:**

Dienstag, 18. Februar 2020

Dienstag, 17. März 2020

Dienstag, 26. Mai 2020

Dienstag, 16. Juni 2020

Dienstag, 01. September 2020

Dienstag, 29. September 2020

Dienstag, 17. November 2020

Dienstag, 15. Dezember 2020

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Sitzungskalender 2020 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.



**zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1     Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen**

**Vorlage: 19/SVV/0950**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2     Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

**zu 6        Sonstiges**

Herr Bindheim informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung des Beschlusses 19/SVV/0721 dem HaLT-Netzwerk beigetreten ist.

Frau Meier informiert, dass der Betreibervertrag für die Gemeinschaftsunterkunft An der Pirschheide 13 am 30.04.2020 endet. Es erfolgt eine Ausschreibung für den Zeitraum 01.05.2020 bis 30.04.2022 mit der Option der Verlängerung um ein Jahr. Der Ausschreibungszeitraum orientiert sich an dem Mietvertrag.

Frau Schulze spricht die Einladung zum 2. Runden Tisch des Beirates für Menschen mit Behinderung an, die an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wurde. Sie weist darauf hin, dass montags immer die Fraktionssitzungen stattfinden und bittet den Beirat, diese Runden Tische zukünftig nicht an einem Montag durchzuführen, um sicherzustellen, dass Vertreter der Fraktionen teilnehmen können.

Frau Grasnick informiert über die Veranstaltungen im Rahmen des Tages des Flüchtlings am 27.09.2019 und verweist auf das Fußballturnier der Gemeinschaftsunterkünfte am 28.09.2019 auf dem Luisenplatz.

Frau Schulze spricht das Bewerbungsverfahren für die Stelle des Behindertenbeauftragten an und erkundigt sich, wie das Verfahren durchgeführt wird. Sie berichtet, dass beim letzten Auswahlverfahren auch Vertreter/Vertreterinnen des Sozialausschusses und des Beirates für Menschen mit Behinderung beteiligt waren. Dies hat sich als sehr nützlich erwiesen. Sie bittet die Verwaltung, dies mitzunehmen.

Herr Okurka bittet darum, dass der Behindertenbeauftragten auch mit bestimmten Kompetenzen ausgestattet werden muss.

Frau Meier sagt zu, dies zu klären.

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 22. Oktober 2019, 18:00 Uhr**

**Imke Eisenblätter  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**